

BLOMBERGER STADTBOTE

MITTEILUNGEN DES SPD-STADTVERBANDES UND DER SPD-RATSFRAKTION BLOMBERG

SEPTEMBER 2017

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

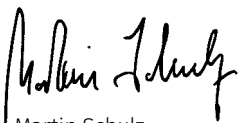
Ich bin viel in Deutschland unterwegs, um den Menschen zuzuhören und mit ihnen zu reden. Sie erzählen mir von ihren Hoffnungen und Wünschen, aber auch von Problemen und Ängsten. Viele sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht. Aber sie spüren auch, dass in unserer Gesellschaft manches in die falsche Richtung läuft. Ich erlebe in diesen Gesprächen den starken Wunsch nach einer Gesellschaft, in der es gerecht zugeht und die zusammenhält.

Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da sind und uns gegenseitig mit Respekt begegnen. Wenn wir zusammenhalten, ist auch ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit getan. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unser Land.

Deshalb sind Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Respekt meine Antworten auf die Hetze derjenigen, die Deutschland und Europa schlechtreden und unsere Gesellschaft spalten. Für ein gerechtes Deutschland in einem friedlichen und freien Europa will ich mich mit ganzer Kraft einsetzen.

Darum will ich Bundeskanzler werden und bitte um Ihr Vertrauen.

Ihr



Martin Schulz



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 24. September ist Bundestagswahl. Sie haben an diesem Tag die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wer unser Land in den nächsten vier Jahren regiert. Entgegen mancher Verlautbarung ist diese Wahl noch nicht entschieden. Immer mehr Wähler entscheiden sich erst kurz vor der Wahl, welcher Partei und welchem Kandidaten sie Ihre Stimme geben. Der neue Bundestag wird daher voraussichtlich bunter und vielfältiger sein, als in der vergangenen Legislaturperiode. Die Prognosen der Meinungsforscher rechnen mit dem Wiedereinzug der Liberalen und der sogenannten Alternative für Deutschland in den neuen Bundestag. Damit wird die Mehrheitsfindung schwieriger, und es ist momentan noch völlig unklar, für welche Koalitionen sich nach der Wahl Mehrheiten finden lassen. Insofern ist die Wahl alles andere als langweilig, sondern ausgesprochen spannend.

Bereits in der letzten Legislaturperiode war die SPD der Motor und das soziale Gewissen der Regierung. Wichtige sozialdemokratische Anliegen wie die Einführung des Mindestlohns und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren konnten durchgesetzt werden.

Andere Zielsetzungen konnten aufgrund des Widerstands der Union nicht erreicht werden. So bleiben die Finanztransaktionssteuer, die Einschränkung der Leiharbeit und das Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen ebenso auf der politischen Agenda wie die Reform der Krankenversicherung. Allein diese wenigen Stichworte zeigen, dass in der Bundesrepublik Deutschland vor allem angesichts eines überbordenden Niedriglohnssektors auf der einen Seite und stetig wachsendem, zum Teil immensem Reichtum auf der anderen Seite durchaus ein Nachholbedarf an sozialem Ausgleich besteht. Mit einer von der SPD geführten Bundesregierung wären diese Herausforderungen sicherlich besser und effektiver zu bewältigen als mit einem Koalitions-

Fortsetzung auf Seite 6

**Die richtige
Wahl:
Am 24.
September
beide
Stimmen
für die SPD!**

**Die Zukunft braucht neue Ideen.
Und einen, der sie durchsetzt.**

Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird zu wenig in die Zukunft investiert. Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber der Wohlstand kommt nicht bei allen an.

Mit einem kraftlosen „Weiter so“ lässt sich die Zukunft nicht gewinnen.

Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Mut zur Gestaltung und vor allem mehr Gerechtigkeit.

Deutschland kann mehr. Wir halten Europa zusammen. Wir packen an.

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Abschaffung des Solidaritätszuschlags für untere und mittlere Einkommen

Berlin. Seriosität geht bei Steuern vor. Wer entlasten will, muss erklären, wie er mit dem Solidaritätszuschlag umgeht. Mittlere Einkommen werden von dieser Abgabe erheblich belastet. Deshalb wird die SPD den Zuschlag für die unteren und mittleren Einkommen ab 2020 abschaffen.

Dies kommt vielen Bürgerinnen und Bürgern zugute – gerade auch Selbstständigen und kleineren Betrieben, die dadurch mehr Luft für Investitionen haben. Das Entlastungsvolumen umfasst etwa 10 Milliarden Euro.

Das kann der Bundeshaushalt ohne Verwerfungen bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben verkraften, erst recht aufgrund der Einnahmeverbesserungen durch das konsequente Vorgehen gegen Steuerbe-

trug und Steuervermeidung. Von der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlages können Singles profitieren, die bis zu 52.000 Euro zu versteuerndes Einkommen und Ehepaare, die bis zu 104.000 Euro zu versteuerndes Einkommen zur Verfügung haben.

Um das zu erreichen, werden die Freigrenzen dementsprechend substantiell angehoben. Wer darunter liegt, muss künftig keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen. Wer ein höheres Einkommen hat, zahlt vorerst weiterhin den Zuschlag. An die angehobene Freigrenze schließt sich wie bisher eine Gleitzone an.

Mit dem Auslaufen des Solidaritätspaktes Ende des Jahres 2019 reduzieren sich die speziellen finanziellen Aufwendungen des Bundes zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern. Deshalb kann der Solidaritätszuschlag nicht unverändert erhoben werden. Die verbleibenden Aufgaben sollen von den sehr hohen Einkommen weiterhin geschultert werden. Aber dauerhaft kann auch der verbliebene Solidaritätszuschlag nicht erhoben werden.

Henning Welslau:

Einer von hier!



Liebe Lipperinnen, liebe Lipper. Mein Name ist Henning Welslau. Im vergangenen Oktober hat mich die lippische SPD als Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Lippe I aufgestellt. Politik hat in meinem Leben schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Der frühere Bundestagsabgeordnete und Bad Salzfler Bürgermeister Heinrich Welslau war mein Großvater. Nach dem Abitur habe ich meinen Zivildienst als Rettungssanitäter auf der Rettungswache in Bad Salzfler geleistet und danach eine Ausbildung zum Steuerfachangestellten absolviert. Gemeinsam mit meiner Ehefrau wohne ich in Bad Salzfler-Lockhausen, wo ich aufgewachsen bin. Wir leben gerne hier und lieben die ländlich geprägten Ortsteile genauso wie das pulsierende Leben in der Kurstadt. Gerne drehen wir auch mal eine Runde durch den Bexter Wald vor unserer Haustür. Am 24. September trete ich für unser schönes Lipperland zur Bundestagswahl an. Dafür wünsche ich mir von den Wählerinnen und Wählern meiner Heimat eine breite Unterstützung.

Henning Welslau will digitale Agenda etablieren

Die Zukunft im Blick

Kreis Lippe/Berlin. In OWL sind Firmen von Weltruf zu Hause. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen an den Wirtschaftsstandorten gute Rahmenbedingungen geboten werden. „Die digitale Aufrüstung ist dafür unerlässlich. Die Umsetzung erfordert dringend den Aufbau einer digitalen Agenda“, steht für den heimischen SPD-Bundestagskandidaten Henning Welslau fest.

Profitieren werden davon die heimische Wirtschaft und auch private Verbraucher. Kaum eine Branche, kaum ein Lebensbereich bleibt vom Trend der Digitalisierung unberührt. Die Digitalisierung verändert Geschäftsprozesse, Dienstleistungen und die Anforderungen an Unternehmen gleichermaßen.

Kleinen und mittelständischen Unternehmen ist dieses längst bewusst. Sie setzen momentan alles daran, hier den Zug nicht zu verpassen. Als Rückgrat unserer Wirtschaft dürfen diese Unternehmen in diesem Prozess nicht vernachlässigt werden. „Wir können und wollen die Digitalisierung nicht aufhalten, daher müssen wir sie für Unternehmen und Beschäftigte besser nutzbar machen“, erklärt Henning Welslau und plädiert für

Kreis Lippe/Berlin. Henning Welslau möchte die gebührenfreie Bildung in Berlin zu einem Kernthema machen. Noch immer hängen Bildungschancen nicht nur in Lippe, sondern in ganz Deutschland häufig von der sozialen Herkunft ab. Welslau will sich damit nicht abfinden.

Der Geldbeutel der Eltern oder die Herkunft darf nicht über die Bildungsmöglichkeiten entscheiden. Welslau: „Daher setzen wir uns für eine bundesweite Gebührenfreiheit bei der Bildung ein. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Ergänzen werden wir unsere Forderungen um ein Recht auf Weiterbildung, um so die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. So investieren wir in die Zukunft und schaffen dabei für alle die gleichen Voraussetzungen.“

Mit bedarfsgerechten Ganztagsangeboten und einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule soll erreicht werden, dass Eltern Familie

Gebührenfreie Bildung

Bildung ist Schlüssel zum selbstbestimmten Leben

und Beruf besser vereinen können. Einen Zuständigkeitsdiskurs zwischen Bund und Ländern gilt es zu vermeiden, daher soll im Interesse der Kommunen der Bund den Ländern und diese den Städten und Gemeinden helfen dürfen. Hierfür soll das sogenannte Kooperationsverbot abgeschafft werden.

SPD Bundestagskandidat Welslau: „Wir brauchen weder Kleinstaaterei noch Kooperationsverbote. Alle Anstrengungen und Mittel müssen gebündelt werden. Auf Kreisebene haben wir in Lippe schon eine ganze Menge in Bildung und Betreuung investiert. Auf Dauer brauchen wir aber eine nationale Bildungsallianz für besseres Lernen. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam handeln und alle Glieder einer Bildungskette ineinandergreifen. Dafür werde ich mich einsetzen.“

140 Jahre Löschzug Blomberg



Blomberg. Henning Welslau (L.), SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag und SPD-Kandidat für den Bundestag, gratulierte dem Leiter des Löschzuges Blomberg der Freiwilligen Feuerwehr, Andreas Schröder, zum Jubiläum. Das 140jährige Jubiläum hatte Welslau zum Anlass genommen, Blomberg zu besuchen. Die Kombination mit dem Blumen- und Bauernmarkt fand er eine ausgezeichnete Idee und nutzte die Gelegenheit nicht nur, um sich den Blumen- und Bauernmarkt anzuschauen, sondern auch, um sich auf der Blaulichtmeile ein Bild von den vielfältigen Aktivitäten und Leistungen der Feuerwehr zu machen.

Vorfahrt für Investitionen

Bezahlbares Wohnen

Ausbildungsgipfel erforderlich

Detmold. Im Rahmen der jüngsten Auflage eines „politischen Frühstücks“ des SPD-Kreisverbands erhob der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und Kandidat der SPD für die Bundestagswahl im Wahlkreis Lippe I, Henning Welslau, die Forderung, einen Ausbildungsgipfel in Lippe einzuberufen, um einem Rückgang von Ausbildungsplätzen in Lippe entgegenzuwirken. Unterstützung erhielt er dabei vom 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Erich Koch, der als Referent die Sicht der Gewerkschaft zu den Themen Arbeitszeit, Entlohnung, Ausbildung, Qualifizierung und Mitbestimmung in die Diskussion einbrachte.

„In Zeiten von Industrie 4.0, die eine stärkere Digitalisierung in allen Bereichen der Produktion und Verwaltung bringen wird, müssen wir auch über das Thema Arbeit 4.0 sprechen. Die Beschäftigten sind zurzeit sehr verunsichert und wissen nicht, was auf sie zukommt. Um die Auswirkungen der vierten industriellen Revolution auf die Menschen zu bewerten und gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen, brauchen wir ein Institut „Arbeit 4.0“, forderte der Gewerkschafter.

Intensiv ging Koch auf das Thema Ausbildung ein. Aus seiner Sicht sei es für den Wirtschaftsstandort Lippe gefährlich, wenn die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgeht. Lippe habe die geringste Ausbildungsquote in Ostwestfalen-Lippe und die Betriebe trügen die Verantwortung dafür, wenn in Zukunft weitere ausgebildete Facharbeitskräfte fehlen würden.

Zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze hat die Gewerkschaft IG Metall eine Kammerumlage vorgeschlagen. Hier sollen alle Betriebe einzahlen und die ausbildenden Unternehmen würden aus diesem Topf ihre Ausbildungsvergütungen erstattet bekommen. Leider habe die IHK-Lippe diesen Vorschlag abgelehnt. Er hoffe jedoch auf die Einsichtsfähigkeit lippischer Unternehmensführungen, um im eigenen Interesse die betriebliche Ausbildung wieder deutlich nach oben zu fahren.

„Außerdem haben die Betriebe auch eine Verpflichtung gegenüber den jungen Menschen, die dringend eine berufliche Perspektive benötigen“, so Koch abschließend.

Familiengeld von bis zu 300 Euro pro Monat gefordert

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Berlin. Die SPD wird dafür sorgen, dass sich Familie, Beruf und Pflege besser vereinbaren lassen. Eltern muss es ermöglicht werden, berufliche und familiäre Aufgaben gerecht aufzuteilen. Viele Eltern wünschen sich, ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können. Bislang heißt das allerdings, finanzielle und berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Das soll mit der Einführung der Familienarbeitszeit und des Familiengeldes geändert werden.

Noch ist es so, dass viele junge Väter nach kurzer Elternzeit voll in ihre Jobs zurückkehren. Obwohl die meisten gern etwas weniger arbeiten würden als vorher, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Mütter steigen hingegen oft nach einem Jahr Elternzeit in Teilzeit wieder ein, obwohl sie gern etwas mehr arbeiten würden. Das verhindert nicht nur eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeit und Kindererziehung, sondern hat für Frauen negative Folgen: geringeres Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen und später eine geringere Rente. Als ersten Schritt

hat die SPD bereits das ElterngeldPlus durchgesetzt, das es Eltern ganz kleiner Kinder leichter macht, Elternzeit und Teilzeitarbeit zu verbinden. In einem nächsten Schritt muss nun eine Familienarbeitszeit eingeführt werden. Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 75 % bis 90 % der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten. Es soll bis zu 24 Monate gezahlt werden. Gerade Familien mit kleinem Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Dafür brauchen sie ein gutes Angebot an Kitas und Schulen sowie mehr Zeit und Geld. Ältere Menschen müssen so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und selbst über ihr Leben bestimmen können. Wenn sie Hilfe oder Pflege benötigen, sollen sie sich darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Pflege ist keine Privatsache. Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht alleine.

Henning Welslau besucht Blomberger Johanniter



Blomberg. Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens hatten die Blomberger Johanniter zu einem Fest auf dem Pideritzplatz geladen. Hier lässt sich der SPD-Bundestagskandidat Henning Welslau (2. v. l.)

zusammen mit dem Blomberger SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Gottfried Eichhorn von den Johanniter-Mitarbeitern über das ausgestellte Einsatzfahrzeug informieren.

Bürgerversicherung einführen

Berlin. Die SPD tritt dafür ein, alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise zu versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung.

Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Der einseitige Zusatzbeitrag für die Versicherten wird abgeschafft.

Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden automatisch in die Bürgerversicherung aufgenommen. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die

öffentlichen Arbeitgeber können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen.

Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten.

Die gesetzliche Krankenversicherung für Selbstständige mit geringem Einkommen wird günstiger. Dazu wird die Bemessung der Beiträge für Selbstständige einkommensabhängig ausgestaltet, so dass die Beiträge bei geringem Einkommen sinken.

Rentenkonzept der SPD

Würde im Alter sichern

Berlin. Nach einem arbeitsreichen Leben ist eine gute Rente mehr als angemessen. Die SPD möchte die gesetzliche Rente langfristig sichern, ohne die Regelaltersgrenze anzuheben und damit die jüngeren Beitragszahler zu überfordern.

Diese doppelte Haltelinie soll zum einen das Rentenniveau bei mindestens 48 % stabilisieren, zum anderen soll der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch zu zahlende Beitrag 22 % nicht übersteigen. Hierfür plant die SPD einen Dialog für einen neuen Generationenvertrag.

Ein zusätzlich erforderlicher Demografiezuschuss soll mit Steuergeldern finanziert werden. Nicht nur, weil es ein Zeichen von Respekt ist, dass man nach einem langen Arbeitsleben nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist, sollen alle, die 35 Jahre

oder länger Beiträge gezahlt haben, künftig eine Solidarrrente erhalten, die zehn Prozent über dem Grundsicherungsniveau am Wohnort liegt.

Selbstständige, die nicht in einem Versorgungswerk versichert sind, werden künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen, die damit zukünftig zu einer Erwerbstätigenversicherung wird. Um auch zukünftig unserem Slogan „Keine Rente mit 70!“ Nachdruck zu verleihen, fördert die SPD flexiblere Übergänge zwischen Erwerbsleben und Ruhestand. Nach 45 Beitragsjahren soll ein Renteneintritt mit 65 Jahren selbstverständlich sein.

Außerdem geplant: Betriebliche Altersvorsorge soll gefördert, private Altersvorsorge vereinfacht und die Erwerbsminderungsrente verbessert werden.

Koch SPD beigetreten

Prominentes Neumitglied



Detmold. „Ich habe mich lange mit dem Gedanken getragen, der SPD wieder beizutreten. Letztendlich bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass die Mitgliedschaft in der ältesten demokratischen Partei Deutschlands notwendig ist, um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserer Gesellschaft zu sichern. Soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit der SPD!“

Mit diesen Worten begründete der erste Bevollmächtigte der IG Metall, Erich Koch, seinen Eintritt in die SPD.

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Henning Welslau (l.), konnte Koch das Parteibuch überreichen. Welslau verbindet damit die Hoffnung, dass andere Gewerkschafter diesen Schritt nachvollziehen und sich ebenfalls allgemeinpolitisch engagieren. Die SPD ist dafür ein hervorragender Ort.

Weniger Steuern und Abgaben

Gerechtere Einkommenssteuer

Für einen starken Sozialstaat

Berlin. Unser Sozialstaat ist eine Errungenschaft. Er sorgt für sozialen Ausgleich, stärkt unsere Wirtschaft und gibt den Menschen die Sicherheit, die sie brauchen, um über ihr Leben selbst zu bestimmen.

Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit, im Alter ein auskömmliches Einkommen zu beziehen und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich versorgt zu sein. Auch beim Verlust des Arbeitsplatzes sollen sie gut abgesichert sein. Ein Sozialstaat, der die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, erhöht die Sicherheit und fördert gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel.

Der medizinische Fortschritt soll wieder gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern finanziert werden. Die SPD wird dafür sorgen, dass sich Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen können, unabhängig von Einkommen und Wohnort die beste medizinische und pflegerische Versorgung zu bekommen. Dafür ist eine Bürgerversicherung zu schaffen, in die alle einzahlen und durch die alle die notwendigen medizinischen Leistungen bekommen. Eine Zwei-Klassen-Medizin soll es nicht länger geben. In der Alterssicherung gilt der Grundsatz: Nach jahrzehntelanger Arbeit ermöglicht die Rente ein angemessenes Leben im Alter. Der Sozialstaat ist für alle da, deshalb werden neue Beschäftigungsformen wie die Solo-Selbstständigkeit abgesichert und in die Sozialversicherungen einbezogen.

Finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern

Welslau: Mehr Geld für Städte

Kreis Lippe/Berlin. Der Umfang der kommunalen Stadtsäckel ist in Deutschland überwiegend unbefriedigend. In der ganzen Republik arbeiten Städte und Gemeinden mit defizitären Haushalten. Das ständige Ansteigen der Ausgaben über die letzten Jahre wurde dabei auch durch den Bund verursacht. Beispiele sind zusätzliche soziale Belastungen und Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen. Hinzu kommen dringend notwendige Investitionen im Bildungsbereich, da die vielen vor 30 bis 40 Jahren gebauten Schulgebäude in großem Umfang modernisiert und erweitert werden müssen.

Städte und Gemeinden schieben deshalb einen gewaltigen Schuldenberg vor sich her, den sie alleine kaum noch bewältigen können. Die Folge ist häufig ein Rückfahren der städtischen Leistungen und ein Aufbrauchen der Substanz. Sollten die Zinsen in Zukunft steigen, verschlimmert sich diese Perspektive noch einmal erheblich.

Auf der anderen Seite steht der Bund mit seinen ständig steigenden Einnahmen in Rekordhöhe. Der Finanzminister besteht jedoch in seinen Bilanzen auf die Einhaltung der „schwarzen Null“ und möchte über Steuererleichterungen für die gut Verdienenden einen Teil des Überschusses im Bundeshaushalt abbauen.

Die SPD in Lippe, im Land und im Bund hält diesen Weg für grundsätzlich falsch.

Es muss in den nächsten Jahren alles dafür getan werden, die Kommunen zu entlasten und zu entschulden. Für Gottfried Eichhorn, SPD-Stadtverbandsvorsitzender in Blomberg, ist klar: „Dafür brauchen wir einen Abgeordneten in Berlin, der dieses Problem erkannt hat und sich in der Kommunalpolitik auskennt. Henning Welslau ist als Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag von Lippe bestens mit den kommunalen Problemen vertraut.“

Welslau versichert: „Im Falle meiner Wahl werde ich als Bundestagsabgeordneter die Belange der heimischen Kommunen in besonderer Weise im Blick behalten und mich energisch dafür einsetzen, dass der Bund die Städte und Gemeinden entlastet.“

Wohnen

Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben – auch in Ballungszentren und guten Innenstadtlagen. Die SPD sorgt für faire Mieten und steckt mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau.

Die Politik der SPD

- mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen
- den sozialen Wohnungsbau verstärkt fördern – vor allem in Regionen mit Wohnungsmangel
- Mietsteigerungen begrenzen
- wurde die Miete zu stark erhöht, muss der Vermieter zu viel Gezahltes erstatten
- Modernisierungskosten gerechter verteilen.
- Mieterhöhungen nach einer Wohnungsmodernisierung begrenzen
- Familien beim Kauf einer Wohnung oder Bau eines Hauses unterstützen

Am 24. September: SPD wählen!

Steuerbetrug hart bekämpfen

Berlin. Steuerhinterziehung ist kriminell. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die allermeisten Unternehmen ehrlich ihre Steuern zahlen. Andere rechnen ihre Steuern klein oder hinterziehen gar. Manche lassen sich sogar Steuern „zurückstellen“, die nie gezahlt wurden.

Das verursacht Schäden in Milliardenhöhe für unsere Gesellschaft. Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche muss

daher umfassend und hart bekämpft werden. Alle Bundesländer müssen ihre Steuerverwaltungen, Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig ausstatten. Sämtliche aus einer Straftat erlangten Vermögenswerte und alle rechtswidrigen Gewinne sollen konsequent eingezogen werden. Der Steuerbetrug mit Hilfe von manipulierten Registrierkassen muss unterbunden werden.

Welslau begeistert vom Kunstevent

16. Blomberger Kunstmauer



Blomberg. Für die Freiluftveranstaltung schaffte das Wetter mit strahlendem Sonnenschein den passenden Rahmen. Zusammen mit Mitgliedern der SPD-Fraktion unternahm Bürgermeister Klaus Geise (3. v. r.) und Jürgen Berghahn, MdL (r.) einen Rundgang. Henning Welslau (2. v. l.), SPD-Fraktionsvorsitzender im

Kreistag und SPD-Kandidat für den Bundestag, zeigte sich von dem vielfältigen Angebot positiv überrascht: „In solch einer schönen historischen Umgebung so unterschiedliche Kunst zu erleben, ist etwas ganz Einzigartiges. Ein wirklich erfolgreiches Projekt des Marketingvereins, das seinesgleichen sucht.“

Bundes-SPD will das Sinken des Rentenniveaus stoppen

Welslau fordert Reform des Rentensystems

Lage. Im Bürgerhaus Lage fand eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die Zukunft des Rentensystems“ statt. Bundestagskandidat Henning Welslau (SPD) diskutierte mit dem Versicherungsältesten Hans Zitzmann aus Detmold sowie Bürgerinnen und Bürgern über das SPD-Rentenkonzept. Moderiert wurde die Veranstaltung von Frank Schröder, bekannt als Moderator bei Radio Lippe.

Die Bundes-SPD will das weitere Absinken des Rentenniveaus stoppen, fordert eine gesetzliche Solidarrente und möchte eine Verlässlichkeit auch für junge Generationen und die Aussicht auf eine auskömmliche Rente. „Ist das jetzige Rentensystem gerecht?“ will Frank Schröder wissen. „Die Rente ist sicher, aber das Niveau sinkt, da bereits in den 90er Jahren Fehler im System gemacht wurden“, berichtet Zitzmann.

Welslau bezieht eine klare Position: „Das Rentenniveau darf keinesfalls unter 48% sinken, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die Beiträge dürfen nicht über 22% steigen. Gerecht wäre es, wenn die Beitragsbemessungsgrenzen abgeschafft würden.“ Welslau weiter: „Deshalb finde ich es richtig, den Spitzensteuersatz

zu erhöhen. Dann könnten die höheren Steuereinnahmen auch in das Rentensystem einfließen.“

„Wünschenswert wäre ein Rentenniveau jenseits der 50%. Dafür würde ich mich einsetzen,“ beschreibt Welslau sein langfristiges Ziel in dieser Frage.



Lage. Bundestagskandidat Henning Welslau (SPD) diskutierte mit dem Versicherungsältesten Hans Zitzmann (r.) aus Detmold sowie Bürgerinnen und Bürgern über das SPD-Rentenkonzept. Moderiert wurde die Veranstaltung von Frank Schröder (M.), bekannt als Moderator bei Radio Lippe.

Mehr Zeit und Geld für Familien

Kinderbonus und Familienarbeitszeit

Europäisches Steuerrecht

Berlin. Die Sozialdemokratie akzeptiert keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Durch die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und von Mindeststeuersätzen soll in Europa für Fairness gesorgt und (Lohn-)Dumping verhindert werden.

Dadurch lassen sich außerdem Lücken zwischen nationalen Steuersystemen schließen, die von multinationalen Konzernen zur Steuervermeidung genutzt werden. Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international durchgesetzt werden.

Die Möglichkeiten einer Telefonüberwachung zur Verfolgung besonders schwerer Fälle von Steuerhinterziehung muss erweitert werden. Zurzeit ist eine Überwachung nur bei bandenmäßigem Umsatzsteuerbetrug möglich.

Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -vermeidung zu stoppen. Die hohen Geldbeträge, die auf diesem Weg am Fiskus vorbei ins Ausland fließen, fehlen für Investitionen in unsere Zukunft. Die Enthüllungen durch die „Panama-Papiere“ haben deutlich gemacht, dass wir ein lückenloses Programm zur Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug auf internationaler Ebene brauchen.

Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben, deren einziger Zweck es ist, Steuern zu hinterziehen. Die SPD fordert ein Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der Banklizenz.

Jusos mit Henning Welslau in Berlin



Berlin. Am Bahnhof in Bielefeld startete die dreitägige Reise der Jusos mit Henning Welslau, Rainer Brinkmann und weiteren SPD-Mitgliedern nach Berlin. In Berlin angekommen, wurde unsere Gruppe dann von einem Bus abgeholt und zu einem Restaurant in der Nähe des Brandenburger Tors gebracht, wo es Mittagessen gab. Danach besichtigten wir das Reichstagsgebäude und den Plenarsaal, wo wir eine Führung erhielten.

Später hielt Welslau einen Vortrag, in dem er erläuterte, welche Ziele er im Falle seiner Wahl verfolgen wird.

Ein Besuch der Reichstagskuppel folgte, von welcher man einen sehr guten Überblick über ganz Berlin hat. Anschließend gab es eine Spreerundfahrt samt Essen. Unterwegs erfuhren wir einiges über den Fluss, die angrenzenden Gebäude und ihre Bedeutung für Berlin. Der Tag wurde abgerundet mit Freizeit, die wir nutzten, um Berlin besser kennenzulernen.

Der zweite Tag begann mit einer politisch informativen Rundfahrt durch Berlin, wo uns wichtige historische Stätten gezeigt wurden, z. B. die Berliner Mauer. Danach ging es zur Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, wo wir eine sehr bewegende Führung von einer ehemaligen Insassin bekamen, die gerade uns

Jusos die Schrecken der DDR-Zeiten vor Augen führte. Nach der sehr informativen Führung gab es Mittagessen, doch die meisten von uns hingen noch gedanklich in der Gedenkstätte fest.

Später gab es eine Führung durch das Berliner Abgeordnetenhaus, dem Sitz des Berliner Senats. Wir erfuhren viel über die Arbeit des Senats und über die Geschichte des Gebäudes, das schon zur Zeit Preußens genutzt wurde. Der Tag endete mit individuellen Rundgängen über den Potsdamer Platz und herrlichem indischen Essen.

Bevor wir am dritten Tag abreisten, machten wir noch den zweiten Teil der Rundfahrt durch Berlin zu politischen Themen, ehe wir das Museum „The Story of Berlin“ besuchten. Dort gab es Ausstellungen zu besonderen geschichtlichen Ereignissen in Berlin wie z. B. Ausrufung der Republik, Reichsprogromnacht, Mauerbau und -fall. Auch ein Atomschutzbunker, in dem die Berliner sich zwei Wochen lang nach einem Atomschlag hätten schützen können, wurde besucht.

Nach diesem Museumsbesuch war noch Zeit, den Kurfürstendamm zu besichtigen. So konnte, wer wollte, noch im KaDeWe shoppen. Danach ging es zum Bahnhof, um die Rückreise ins schöne Lippe anzutreten.

Zeit für Investitionen

Berlin. Deutschland ist ein starkes Land. Die Wirtschaft wächst, und die Beschäftigungslage ist gut. Damit das so bleibt, müssen wir heute investieren.

Und: Wir müssen dafür sorgen, dass alle am Wohlstand teilhaben. Unter den Industrieländern hat Deutschland eine der schlechtesten öffentlichen Investitionsquoten. Die Sozialdemokratie wird dieses Land modernisieren und Geld für Kinder, für eine leistungsfähige Infrastruktur und

für den sozialen Zusammenhalt in die Hand nehmen. Sie wird gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dafür sorgen, dass dieses Land auch in Zukunft erfolgreich sein wird.

Deshalb gilt bei der Steuer- und Finanzpolitik Vorfahrt für Investitionen: für die besten Schulen, eine gebührenfreie Kinderbetreuung, moderne Infrastruktur in der Stadt und auf dem Land und schnelles Internet für alle.

Fortsetzung von Seite 1

partner, der sich bei vielen Aufgaben eher als Bremser betätigt. Auch für die Kommunen macht es einen deutlichen Unterschied, ob in Berlin die SPD die Regierung führt oder nicht. Nur bei einer von der SPD geführten Regierung kann damit gerechnet werden, dass die Finanzausstattung der Kommunen verbessert wird, die finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialkosten fortgesetzt, ihre Investitionskraft nachhaltig gestärkt und Altschulden abgebaut werden. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird den Kommunen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um die Kitas weiter zu verbessern und kostenfrei zu machen. Das Programm der SPD sieht vor, das begonnene Schulsanierungsprogramm des Bundes fortzusetzen und zu einem Schulmodernisierungsprogramm auszuweiten. Darüber hinaus steht die SPD für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten. Die Sozialdemokraten treten dafür ein, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge nicht zu Lasten der Kommunen geht. Dies alles zeigt, dass es neben den großen bundespolitischen Themen auch viele kommunale Aspekte gibt, für die es sich lohnt, am 24. September „sein Kreuz bei der SPD zu machen“. Auf Landesebene hat die schwarz-gelbe Landesregierung gerade jüngst bewiesen, dass sie nicht davor zurückschreckt, den Kommunen, wie im Falle der Krankenhausfinanzierung, weitere Lasten in Millionenhöhe zuzumuten.

Gottfried Eichhorn
(Vorsitzender des SPD-Stadtverbands Blomberg)

Impressum

Blomberger Stadtbote
Auflage: 6.700 Exemplare
Herausgeber:
SPD-Stadtverband und
SPD-Ratsfraktion Blomberg
Redaktion:
Gottfried Eichhorn
Schambrede 32, 32825 Blomberg
Telefon (05235) 6771
Satz und Layout:
adesso-design, Detmold
Druck: K2 Druck, Lage

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 135 Lippe I
am 24. September 2017

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer/eines Wahlkreisabgeordneten

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
– maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien –

Erststimme

<p>Welslau, Henning Steuerfachangestellter Bad Salzuflen</p>	<p>SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zweitstimme

<p><input checked="" type="checkbox"/> SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p>	<p><input type="checkbox"/> Sozialdemokratische Partei Deutschlands Martin Schulz, Dr. Barbara Hendricks, Wolfgang Hellich, Kerstin Giese, Achim Post</p>
---	--

Sichere Arbeit und gute Löhne

Berlin. Die Sozialdemokratie setzt sich für eine starke Wirtschaft und Unternehmen ein, die gute Arbeitsplätze schaffen. Sie fordert einen funktionierenden Arbeitsmarkt, der den Wert der Arbeit anerkennt.

Zugleich müssen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Menschen mit mehr Zuversicht in die Zukunft blicken können. Deshalb wird die SPD die sachgrundlose Befristung abschaffen, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu ermöglichen. Es gilt, existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung zu ermöglichen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wurde bereits viel erreicht. Diesen Weg wird die SPD weitergehen.

Das Ziel ist es, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird wie in der Stammbesellschaft. Davon darf nur durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. Die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen ist deutlich auszubauen. Der Missbrauch von Werkverträgen muss bekämpft werden. Die arbeitnehmerfeindliche und immer weiter ausufernde Verbreitung von „Arbeiten auf Abruf“ ist einzudämmen. Auch geringfügige Beschäftigung muss abgebaut, der Missbrauch bekämpft und Beschäftigten der Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit eröffnet werden. Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose sind abzuschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden.

Entlastungen bei Steuern und Abgaben

Berlin. Für die SPD geht es um Steuergerechtigkeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittleren und kleinen Einkommen werden bei Steuern und Abgaben entlastet werden. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf Familien und Alleinerziehenden.

Familien mit Kindern werden weiter entlastet, indem gemeinsam mit den Ländern die Kita-Gebühren schrittweise abgeschafft und ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter eingeführt wird. Alle heutigen Ehepaare werden auch in Zukunft das Ehegattensplitting nutzen können. Für die Zukunft wird ein Familientarif mit Kinderbonus eingeführt. Von dem Kinderbonus des Familientarifs profitieren verheiratete und unverheira-

tete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende. Jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können. Ein Paar mit drei Kindern kann allein mit dem Kinderbonus 900 Euro im Jahr sparen. Im Familientarif können Ehepartner Einkommensanteile von höchstens 20.000 Euro untereinander übertragen. Dadurch wird künftig der sich aus der verfassungsrechtlich gebotenen Freistellung der gegenseitigen Unterhaltsverpflichtung ergebende Splittingvorteil gewahrt. Heutige Ehen können zwischen dem bisherigen System des Ehegattensplittings und dem neuen Familientarif mit Kinderbonus frei wählen. Die Steuerlast bei unterschiedlich hohen Einkommen soll gerecht zwischen den Eheleuten verteilt werden.



Liebe Lipperinnen und Lipper,

bei der bevorstehenden Bundestagswahl kandidiere ich im Wahlkreis Lippe I.

Kurzinfo:

Henning Welslau, 40 Jahre alt, verheiratet
Wohnort: Bad Salzuflen/Lockhausen
Berufliche Tätigkeit: Leiter Buchhaltung/
Personal beim Arbeiter-Samariter-Bund

1998 bin ich in die SPD eingetreten. Seit dieser Zeit war ich sachkundiger Bürger in Bad Salzuflen und seit 2014 bin ich direkt gewähltes Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion Lippe. Als Mitglied im Kreis-ausschuss, im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Zukunftsfragen im ländlichen Raum und Finanz- und Personal-ausschuss, kam ich immer mehr mit bundespolitischen Themen in Kontakt. Seit dieser Zeit wächst das Bedürfnis in mir, Lippes Interessen nicht nur direkt vor Ort vertreten zu wollen, sondern auch im Bundestag. Besonders wichtig sind mir die Themen Rente, Steuern und Kommunal Finanzen. Ich will mich dafür stark machen, dass jeder in Würde von seiner Rente leben kann. Ich fordere, dass Großunternehmen, die Gewinne in Deutschland erzielen, auch hier ihre Steuern zahlen müssen und das Geld nicht mehr ins Ausland verlagern. Außerdem brauchen unsere Kommunen dringend mehr Geld vom Bund, denn der kommunale Geldbeutel reicht oft nicht mehr aus. Bei der Bundestagswahl, am 24. September entscheiden Sie, wer sich für unsere lippische Heimat stark macht. Ich werde alles daran setzen, Lippes Interessen stark in Berlin zu vertreten. Dafür bitte ich Sie um Ihre Erststimme.

Herzlichst
Ihr

Henning Welslau